



Parlamentsdelegation in den USA: «Wir sind in einer crazy Situation»

Charlotte Walser, Washington

Verwirrung um Zölle Die USA garantieren der Schweiz zurzeit offenbar nicht, dass sie mit einem Abkommen besser dasteht als ohne.

Die Rede zur Lage der Nation lief schon drei viertel Stunden, als Trump kurz auf seine bislang grösste Niederlage zu sprechen kam: das Urteil des Obersten Gerichtshofs gegen seine Zölle.

Die gute Nachricht sei, dass alle Länder an ihren Zolldeals festhalten wollten, sagte Trump. Der Präsident kritisierte erneut die Richter. Alles sei so gut gelaufen, die USA hätten Hunderte Milliarden eingenommen mit den Zöllen. «Weil wir endlich einen Präsidenten haben, der die USA an die erste Stelle setzt.»

Nach dem Urteil hatte Trump neue Zölle auf anderer rechtlicher Grundlage angekündigt, erst in der Höhe von 10, dann von 15 Prozent. 15 Prozent sind auch in der Absichtserklärung für ein Abkommen vorgesehen, auf die sich die Schweiz mit den USA geeinigt hat, um höhere Zölle zu verhindern. Die Schweiz versprach Investitionen und Konzessionen.

Was heisst das Urteil nun für diesen Deal?

Diese Frage prägte die Gespräche, die eine Delegation des Schweizer Parlaments am Dienstag in Washington führte. Die Reise der Efta/EU-Delegation war schon vorher geplant gewesen, rückte nach dem Urteil aber in den Fokus.

«Das Umfeld ist volatil», sagte der Präsident der Delegation, FDP-Ständerat Damian Müller, wenige Stunden vor Trumps Auftritt im Kongress an einer Medienkonferenz auf der Schweizer Botschaft. Unsicherheit sei für die Wirtschaft der Worst case. Und: «Wir sind in einer crazy Situation.»

Das EU-Parlament hat die Umsetzung des EU-Zolldeals vorläufig gestoppt. In der

Schweiz fordert die Linke einen Abbruch der Verhandlungen. Der Bundesrat strebt aber weiterhin ein verbindliches Abkommen an.

Keine klare Antwort aus den USA

Doch was, wenn die Schweiz am Ende mit einem Abkommen, in dem Zölle verbindlich vereinbart sind, schlechter dasteht als ohne Abkommen? Diese Frage stellen sich derzeit viele Länder, die Deals abgeschlossen haben.

Die Schweizer Parlamentsmitglieder sprachen das in Washington an. Eine klare Antwort habe man nicht erhalten, sagte Müller. Derzeit scheint der Schweiz also niemand zu garantieren, dass sie mit einem Abkommen besser wegkommt. SVP-Ständerat Hannes Germann sagte, das müsse in den Verhandlungen geklärt werden. Das Ergebnis sei am Ende zu prüfen.

Die Parlamentsmitglieder hoffen, dass die Situation weniger volatil ist, wenn das Parlament und das Stimmvolk entscheiden. Der langsame Schweizer Prozess könnte ein Vorteil sein: Definitiv entscheiden würde die Schweiz erst nach den US-Zwischenwahlen, die nochmals alles ändern könnten.

Dem Vernehmen nach steht nun auch wieder zur Diskussion, Zölle von 10 Prozent zu vereinbaren. Darauf hatten sich die Verhandlungsteams der Schweiz und der USA ursprünglich geeinigt. US-Präsident Trump stimmte dem aber nicht zu. In einem zweiten Anlauf einigten sich die Schweiz und die USA auf 15 Prozent.

Nach dem Abendessen die «State of the Union»-Rede

Ebenfalls unbeantwortet blieben Fragen zu Rückforderungen der Importeure. Trotzdem seien die Gespräche gewinnbringend gewesen, sagten die Delegationsmitglieder.

Sie trafen die Verhandlungsführer des US-Handelsbeauftragten sowie zwei republikanische Abgeordnete, Claudia Tenney aus New York und Ron Estes aus Kansas. Die zwei Demokraten, die sie ebenfalls treffen wollten, waren verhindert.

Müller sagte, das gegenseitige Verständnis habe vertieft und das Vertrauen gestärkt werden können. Die Parlamentsdelegation habe die Bedeutung der wirtschaftlichen Beziehungen für beide Seiten betont. Sie habe aber auch deutlich gemacht, dass das Ergebnis der Verhandlungen tragfähig sein müsse.

Mitte-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter sagte, die Delegation habe Verständnis gespürt. Die republikanischen Abgeordneten seien zwar loyal gegenüber ihrem Präsidenten, respektierten aber die Schweiz.

Die Reisegruppe, der auch die Grünen-Nationalrätin Christine Badertscher angehört, schaute sich am Dienstagabend nach einem Abendessen mit Unternehmern die «State of the Union»-Rede des US-Präsidenten an. Gestern reiste sie in den Bundesstaat Indiana weiter, wo unter anderem ein Besuch beim Pharmakonzern Roche geplant war.



FDP-Ständerat Damian Müller leitet die Parlamentsdelegation in den USA. Foto: Matthias Spicher